

„Zu Unrecht am Pranger“

Gleich drei Landtagsabgeordnete besuchten am Mittwoch das Asylbewerberwohnheim an Hoyerswerdas Müntzerstraße.



Die drei Landtagsabgeordneten Frank Richter (rechts), Juliane Nagel (Zweite von rechts) und Petra Čagalj Sejd (Vierte von rechts) statteten am Mittwoch dem Asylbewerberheim an Hoyerswerdas Müntzerstraße einen Besuch ab. © Foto: Mirko Kolodziej

Von Mirko Kolodziej

3 Min. Lesedauer

Hoyerswerda. Gesundheitsämter, sagt das ehemalige Mitglied der Dresdener Bürgerrechtsgruppe der 20, der einstige Chef der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung und heutige Meißener Landtagsabgeordnete Frank Richter (SPD), seien „Orte des Vertrauens der Gesellschaft“. Daher sieht er es kritisch, wenn die Polizei an solchen Orten Verhaftungen vornimmt.

Wegen eines solchen Vorfalls im Juni in Hoyerswerda waren Richter sowie seine zwei Kolleginnen Petra Čagalj Sejd (Bündnis 90 / Die Grünen) und Juliane Nagel (Linke) am Mittwoch in die Stadt gekommen.

Ein Asylbewerber mit einem Status, den man im Amtsdeutsch ausreisepflichtig nennt, war beim Aufsuchen des Kreis-Gesundheitsamtes in der Schloßstraße festgenommen und anschließend gegen seinen Willen außer Landes gebracht worden. Die Wirkung bei anderen Asylsuchenden beschreibt Tobias Schilling, der Referent von Landrat Udo Witschas (CDU), mit den Worten: „Das führte zu vielen Termin-Absagen.“ Das Landratsamt Bautzen, damals weithin kritisiert, hatte die Polizei allerdings nicht bestellt. „Der Landkreis stand hier zu Unrecht am Pranger“, so Schilling. Von wem der Tipp kam, dass der Mann im Bürgeramtsgebäude anzutreffen sein würde, bleibt offen. Frank Richter hatte das Geschehen im Juni zum Anlass genommen, für sich und seine beiden Kolleginnen längerfristig mit der Kreisverwaltung einen Termin im Asylbewerberwohnheim an der Thomas-Müntzer-Straße zu vereinbaren. Er war vor reichlich einem Jahr schon einmal im einstigen

Lehrlingswohnheim, um sich hier zu Migrations-Fragen auszutauschen.

Ziel: Notunterkünfte aufgeben

Der Kreis der Beteiligten war dieses Mal freilich deutlich größer. Am Tisch saßen Vertreter der Bautzener Kreisverwaltung, der Stadtverwaltung Hoyerswerda sowie der örtlichen Arbeiterwohlfahrt, die das Wohnheim betreibt. Zur Sprache kamen außer dem Arrest im Gesundheitsamt vielfältige Aspekte von Zuwanderung und die Auswirkungen auf Kommunalverwaltungen. Ende Juli lebten nach Angaben des Kreis-Beigeordneten Jörg Szewczyk rund 1.400 Asylbewerberinnen und Asylbewerber im Kreisgebiet, 244 davon dezentral, also außerhalb von Sammelunterkünften.

Letztere, der Kreis bleibt dabei, sind nach Gesetzeslage bei der Unterbringung die Regel. Allerdings sagt der Mann vom Landratsamt auch: „Für neue Gemeinschaftsunterkünfte ist keine öffentliche Akzeptanz mehr herzustellen.“ Die Bautzener Behörde will nun ein Konzept durch den Kreistag bringen, das auf dezentrale Unterkunftsprojekte in Wohnungen abzielt. Die Idee ist, Personen maximal für sechs Monate in Heimen einzuquartieren. Eines der Ziele besteht laut Szewczyk darin, die als Notunterkünfte genutzten Ex-Schulen in der Dillinger Straße und in der Liselotte-Herrmann-Straße aufgeben zu können. Ob das gelingt, sagte er, hänge freilich auch von der Anzahl der Neuankömmlinge ab. Awo-Chef Marcus Beier erzählte, dass vor ein paar Tagen mehrere minderjährige Flüchtlinge in einem Waldstück bei Burgneudorf auftauchten. Sie hätten kaum Kleider am Leib gehabt und seien in der Müntzerstraße erstversorgt worden. Dass nun, wie Beier sagte, täglich Lkw irgendwo in der Region vorfahren, die Heckklappen aufgehen und Menschen abspringen, „das kannte ich bisher so auch nicht“.

Schulungs-Genehmigung abgelehnt

Viele Neuankömmlinge, berichtete der Awo-Chef, seien generell arbeitswillig. Nur scheiterte es oft an langen Wartezeiten für Deutsch- und Integrationskurse. Die Arbeiterwohlfahrt habe zur Abhilfe selbst welche anbieten wollen, aber vom zuständigen Bund keine Genehmigung erhalten. Oberbürgermeister Torsten Ruban-Zeh (SPD) ergänzte, einige Unternehmen seien aufgrund von schlechten Erfahrungen auch zurückhaltend. Sie hätten nach 2015 viel Kraft in die Integration von Flüchtlingen in ihre Betriebe gesteckt: „Und dann wurden sie abgeschoben.“ Frank Richter hatte ein aktuelles Beispiel dabei. Die Spremberger Fleischerei Kadach habe sich bei ihm gemeldet, so der Abgeordnete. Dort arbeitet ein Mann, der als Asylbewerber in Weißwasser lebt. Er soll das Land verlassen. Der Handwerksbetrieb freilich würde ihn lieber behalten, Ersatz sei nicht in Sicht.